



IG METALL FORDERT RAHMENBEDINGUNGEN FÜR FLEXIBLEN ALTERSÜBERGANG

Politik muss handeln!

Die Fakten:

Rente nach Arbeitslosigkeit und Altersteilzeit ist schon heute für Neuzugänge nicht mehr möglich. Nur noch langjährig Versicherte kommen ab 63 in die Rente. Wer vorher in die Rente will oder die Versicherungsjahre nicht hat, ist heute auf Altersteilzeit angewiesen. Doch die geförderte Altersteilzeit läuft Ende 2009 aus. Und damit würden auch alle Tarifverträge enden.

Damit die Beschäftigten, die ein Leben lang für ihr Unternehmen geschuftet haben, nicht auf der Strecke bleiben, brauchen wir aber auch in Zukunft Regelungen für flexible Altersübergänge.

Tatsache ist:

■ Die Leistungsschraube in den Betrieben wird immer weiter angezogen. Die Arbeits- und Leistungsbedingungen sind eben nicht alters- und altersgerecht gestaltet. Im Gegenteil: Der Kostenwettbewerb geht zu Lasten einer humanen Arbeitsorganisation und ergonomischer Arbeitsgestaltung

■ Ohne Möglichkeiten des früheren Ausstiegs gibt es über Jahre keine Chance für Jüngere. Insbesondere die Ausbildung und die Übernahme Auszubildender würde darunter leiden.

Die Antwort ...

... heißt aber nicht „Arbeiten bis

NEUE Wege für gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente sind notwendig. Die Tarifparteien wollen dies 2008 angehen. Unabhängig von unserer bestehenden Kritik an der Rente mit 67 wollen wir **REGELUNGEN** finden, wie solch ein flexibler Übergang gestaltet werden kann. Voraussetzung für die Verhandlungen sind aber gesetzliche Rahmenbedingungen, die solche Modelle überhaupt erst möglich machen. **FÜR** die Beschäftigten, die nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter arbeiten können, brauchen wir flexible **ALTERSÜBERGÄNGE**, damit sie nicht arbeiten müssen bis zum Umfallen. Hier ist die Politik in der Pflicht und muss dringend ihren Teil leisten. Setzen Sie sich als unser/e Bundestagsabgeordnete/r für neue flexible Altersübergangsmodelle ein. Es ist höchste Zeit! Warten Sie nicht, handeln Sie **JETZT!**



Bezirk
Frankfurt

Unter anderem mit einer Postkarte wollen die Metallerinnen und Metaller ihre Abgeordneten im Bundestag auf den dringenden Handlungsbedarf zu Altersübergängen aufmerksam machen.

zum Umfallen“. Wir brauchen intelligentere Antworten. Die Tarifparteien der Metall- und Elektroindustrie wollen das 2008 angehen. Aber bevor in Verhandlungen neue Wege für gleitende Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente gesucht werden können, muss der gesetzliche Rahmen stehen.

Nur dann werden solche Modelle überhaupt erst möglich.

Unsere Forderungen an den Gesetzgeber

■ **Altersteilzeit fortsetzen**

Die Steuer- und Abgabefreiheit von Aufstockungsbeträgen zur Altersteilzeit muss bleiben. Auch in Zukunft soll die Be-

schäftigungsbrücke bei Einstellung von Jüngeren oder der Übernahme Auszubildender durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert werden.

■ **Teilrente ausbauen**

Verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten bei Teilrente und das Absenken des frühesten Zugangs zu dieser Rentenart auf 60 Jahre. Auch hier sollten Aufstockungsbeträge des Arbeitgebers für die Beschäftigten steuer- und abgabenfrei sein.

■ **Erleichterter Ausgleich von Rentenabschlägen**

Es muss nicht nur ein Ausgleich der Abschläge sondern auch fehlender Erwerbsjahre durch den Arbeitgeber ermöglicht werden.

Jetzt Druck machen!

Die Möglichkeit des früheren Ausscheidens zu fairen Bedingungen und mit einer ausreichenden Altersversorgung ist Kern unserer Forderung. Doch bevor sich in den Verhandlungen mit den Metallarbeitgebern im kommenden Jahr etwas bewegt, muss sich die Politik bewegen. Die Abgeordneten sind in der Pflicht und müssen für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgen.

Deshalb müssen wir jetzt Druck machen! Schreibt Eure Bundestagsabgeordneten an – Postkarten hierfür stellt die IG Metall zur Verfügung.

Altersteilzeit muss weiterleben

Früherer Ausstieg aus dem Arbeitsleben zu sozial tragbaren Bedingungen. Das nutzt vor allem den Beschäftigten – alt und jung. Die einen wollen gesund in Rente, die anderen wollen rein in Ausbildung und Berufstätigkeit. Drei Stellungnahmen, die den Handlungsdruck zum Ausdruck bringen.



„Bei uns im Betrieb ist allen klar, dass es körperlich kaum möglich ist, erst mit 65 oder gar 67 in eine abschlagsfreie Rente zu gehen. Außerdem: Auszubildende oder junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben dann noch weniger Chancen, ins Berufsleben einzusteigen. Der Ausbildungsplatzmangel wird dadurch bestimmt nicht kleiner. Die geförderte Altersteilzeit sollte deshalb uneingeschränkt verlängert werden.“

Jenny Schmidt, Betriebsrat ThyssenKrupp Bilstein Suspension GmbH in Mandern



„Die körperlichen Anforderungen an die Beschäftigten der Stahlindustrie sind nach wie vor sehr hoch. Zusätzliche gesundheitliche Belastungen entstehen durch drei- bzw. vierschichtige Fahrweisen. Durch technischen Fortschritt sind darüber hinaus die geistigen Anforderungen gestiegen. Durch Rationalisierungswellen sind sogenannte Schonarbeitsplätze weggefallen. Die Altersteilzeit ist eine wesentliche soziale Komponente, weil sie einen früheren Ausstieg zu sozialen Bedingungen ermöglicht. Diese Möglichkeit muss es im Interes-

se der betroffenen Menschen auch in Zukunft geben.“

Werner Fries, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Saarstahl AG



„Die Möglichkeit zum flexiblen Altersausstieg ist die richtige Brücke, um junge Menschen Erfahrungen sammeln zu lassen, um ihnen einen sicheren Arbeitsplatz zu bieten und um – im Gegenzug – die älteren Menschen ihre hart erarbeitete Rente genießen zu lassen. Von dieser Möglichkeit machen wir bei Opel aktuell Gebrauch. Wir werden sie im Interesse der Menschen weiter benötigen. Deshalb brauchen wir eine gesetzliche Nachfolgeverordnung für die Altersteilzeit.“

Klaus Franz, Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzender

Rente mit 67 bleibt in der Kritik

Unser Widerstand gegen die Rente mit 67 hat mit dem Bundestagsbeschluss nicht aufgehört. Wir streiten weiter für sinnvolle Alternativen. Eine Antwort auf ihre falsche Politik können wir den Regierungsparteien bei der nächsten Bundestagswahl geben. Die Entscheidung für die Rente mit 67 muss – so sieht es das Gesetz vor – 2010 überprüft werden.

nen wir den Regierungsparteien bei der nächsten Bundestagswahl geben. Die Entscheidung für die Rente mit 67 muss – so sieht es das Gesetz vor – 2010 überprüft werden.



Foto: FM

Dillingen, Januar 2006: Bundesweiter Auftakt zu betrieblichen Protestaktionen gegen die Rente mit 67

ZUR SACHE

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,



der SPD-Vorsitzende Kurt Beck hat seine Partei zu einem beachtlichen Schwenk bewegt: Ältere Arbeitslose sollen länger Arbeitslosengeld I beziehen, ältere Beschäftigte sollen weiter flexibel aus dem Erwerbsleben aussteigen können, für Leiharbeit sollen Mindestlohn und gleiche Bezahlung gelten.

Das ist gut. Aber was die SPD beschließt, wird nicht automatisch Regierungspolitik. Die beiden anderen Regierungsparteien CDU und CSU stehen auf der Bremse, gebärden sich als Gralshüter der von Rot-Grün beschlossenen Agenda

2010. Beim Arbeitslosengeld I wollen sie bestenfalls eine „kostenneutrale“ Lösung. Das heißt: Sie wollen jungen Menschen wegnehmen, was die Älteren länger beziehen sollen. Für eine tatsächliche Verbesserung müssen wir noch mächtig Druck machen. Auch die SPD braucht diesen Druck, damit ihre Beschlüsse nicht zu parteitaktischer Symbolik verkommen.

Die Parteitagebeschlüsse der SPD können der Einstieg in den Ausstieg aus der unsozialen Agenda-Politik, aus den Zumutungen von Hartz I bis IV sein. Sie können den Anfang vom Ende eines unseligen neoliberalen Jahrzehnts markieren. Die Stimmung im Lande hat sich verändert. Gewerkschaften sind wieder stärker

gefragt. Die Zahl der betriebsangehörigen Mitglieder hat seit 2006 kräftig zugelegt. Im Bezirk Frankfurt haben wir bewiesen, dass die Trendwende in der Mitgliederentwicklung möglich ist.

Setzt Euch mit dafür ein, die Trendwende jetzt auch in der Politik durchzusetzen. Eine längere Bezugsdauer für Ältere beim Arbeitslosengeld I kann dafür der Einstieg sein. Eine Nachfolgeregelung für die geförderte Altersteilzeit und die Stabilisierung der Tarifautonomie durch Mindestlöhne insbesondere für Leiharbeit könnten die nächsten Schritte sein. Dafür müssen wir Druck in den Betrieben und draußen machen. Dazu rufe ich Euch auf.

Armin Schild
Bezirksleiter